

«Rheintal+»-Gespräch: Böbiker beschäftigt Ortsbürger- und Feuerwehrfrage

Als letzte der zehn «Rheintal+»-Gemeinden hat auch Böbikon am Dienstagabend das zweite «Gespräch mit der Bevölkerung» durchgeführt. Die Chance zur Diskussion wurde intensiv genutzt.

BÖBIKON (tf) – «Rekord!», ist man geneigt auszurufen. Ausgerechnet in der bevölkerungsmässig kleinsten Gemeinde aller «Rheintal+»-Gemeinden kreuzten mit Abstand am meisten Einwohner auf für die zweite Ausgabe des «Gesprächs mit der Bevölkerung». Über 30 Personen kamen um 20 Uhr in die Mehrzweckhalle, das entspricht fast einem Fünftel der Einwohner Böbikons. Gleich wie in einigen anderen «Rheintal+»-Gemeinden führten auch in Böbikon die Ausführungen zu «Behörden und Verwaltung», «Schulwesen», «Wappen und Name» und «Jugend- und Altersangebot» in einer allfällig fusionierten Grossgemeinde zu keinen Diskussionen.

Fusion der Feuerwehren nicht unbestritten

Zu einem intensiven Gespräch führten indes die Ausführungen zur Zukunft der Feuerwehren in einer zusammengeschlossenen Gemeinde. So stellte ein Zuhörer die Frage, ob denn eine Fusion der

Feuerwehren die einzige Option und ob es nicht möglich sei, mehrere Feuerwehren zu erhalten? Vonseiten Arbeitsgruppe wurde argumentiert, dass das Gesetz eine Fusion im Falle eines Zusammenschlusses eigentlich verlange und dass auch die Kommandanten der vier betroffenen Feuerwehren Vorteile sähen in einer Fusion. Beispielsweise was die Kosten angehe und das erforderliche Feuerwehrpersonal, was mit 160 weit unter dem heutigen Bestand von rund 250 Personen läge.

Die Argumente vermochten die Votanten – zur Frage äusserten sich ein halbes Dutzend Personen – wenig zu überzeugen. Sie stellten die Frage, ob die ins Auge gefassten Feuerwehrdepot-Standorte (Fisibach, Rekingen, Siglistorf und Bad Zurzach) wirklich günstig gelegen seien. Wenn beispielsweise in Baldingen ein Feuer ausbreche, dann müssten die Fahrer der Fahrzeuge zuerst von Böbikon hinunter nach Rekingen zum Depot, um die Fahrzeuge zu holen, nur um da-

nach wieder hinauf nach Baldingen zu fahren. Da gehe wertvolle Zeit verloren.

Zum Schluss überraschte ein Offizier mit der Feststellung, dass zwar immer gesagt werde, dass die Kommandanten hinter der angepeilten Fusion der Feuerwehren stünden, unterschlagen werde dagegen, dass sich an einer Informationsveranstaltung für Offiziere, 90 Prozent der Offiziere gegen eine Fusion ausgesprochen hätten.

Ortsbürger «Ja», aber nur wenn. . .

Intensiv diskutiert wurde gestern Dienstagabend auch die Frage der Ortsbürgergemeinde. Stein des Anstosses war allerdings nicht, dass die Ortsbürgergemeinden fusioniert werden müssten, es wurde viel mehr erörtert, unter welchen Bedingungen eine solche Fusion der Ortsbürgergemeinden Sinn mache. So ging aus den Stellungnahmen klar hervor, dass eine Fusion der Ortsbürgergemeinden nur zur Sicherung des Vermögens keine valable Option sei. Dann

seien die Ortsbürgergemeinden lieber aufzulösen. Wenn aber die neue grosse Ortsbürgergemeinde sich als Unterstützerin beispielsweise von kulturellen Anlässen und Bräuchen sehe, dann könne eine Fusion durchaus sinnvoll sein. Diese Anregung wurde von der Facharbeitsgruppe aufgenommen und es wurde auf die Idee hingewiesen, dass beispielsweise das Sponsoring von der Einwohner- zur Ortsbürgergemeinde übergehen könne. Hinterfragt wurde betreffend Ortsbürger auch der Ablauf, wie Ortsbürger zu Ortsbürgern werden. Der Eindruck blieb haften, dass sich die Böbiker Ortsbürger einen etwas flexibleren Umgang mit dem Ortsbürgerrecht wünschten.

Offene Fragen

Zum Teil im Raum stehen blieben Fragen zum Bauland, zum Verwaltungspersonal und zum weiteren Vorgehen, falls Gemeinden Nein sagten zu einem Zusammenschluss. So wurde hinterfragt, ob nicht die Gefahr bestehe, dass gutes Bau-

land in Böbikon mit schlechterem Bauland an anderen Orten abgetauscht werde und so die Peripherie weiter an Einwohnerpotenzial verliere.

Ebenfalls als Risiko bewertet wurde die Tatsache, dass nach einer Fusion mittelfristig rund zehn Vollzeitstellen auf der Verwaltung verloren gehen würden. Hier wurde darauf hingewiesen, dass sich Verwaltungsangestellte mit vielen Jahren Berufserfahrung frühzeitig ausklinken könnten und nach einer anderen Stelle suchten.

Die Frage zu einem Nein wurde folgendermassen beantwortet: Zur Abstimmung käme ein Fusionsvertrag. Sagt eine Gemeinde Nein, müssten alle anderen Gemeinden sicher nochmals über einen angepassten Fusionsvertrag abstimmen. Das würde zu rund einem Jahr Verzögerung führen. Sollte es sich bei der Gemeinde mit dem Nein aber beispielsweise um die Grossgemeinde Bad Zurzach handeln, wäre der gesamte Zusammenschlussprozess natürlich infrage gestellt.